



# Unsere Welt



Droht erneut ein Krieg um Öl? Foto Wiki Commons

## Libyen: Die NATO, der Krieg, die Lüge und die Geschäfte

### Für sofortigen Frieden

Wir sind gegen den inneren Krieg in Libyen, für den sofortigen Frieden und für die volle Respektierung des Lebens und der Rechte aller Bürger, ohne ausländische Einmischung, die nur zur Verlängerung des Konflikts führen und den Interessen der NATO dienen wird.

#### Von Fidel Castro

Wie einige wissen, hat Muammar al-Gaddafi, ein arabisch-beduinischer Militär von eigentümlichem Charakter und von den Ideen des ägyptischen Führers Gamal Abdel Nasser inspiriert, im September 1969 eine Bewegung innerhalb der Streitkräfte gefördert, die König Idris I. von Libyen stürzte.

In einer beduinischen nomadischen Schäferfamilie in der Wüste der Region Tripolis geboren, war Gaddafi ein grosser Gegner des Kolonialismus. Sogar die Gegner von Gaddafi versichern, dass er sich als Student durch seine Klugheit auszeichnete. Wegen seiner antimonarchischen Aktivitäten wurde er vom Lyzeum verwiesen. Es ist ihm gelungen, sich in einem anderen Lyzeum einzuschreiben und später, mit 21 Jahren, an der Universität von Bengasi sein Jurastudium abzuschliessen. Danach trat er in die Militärschule von Bengasi ein, in der er die so genannte Geheime Bewegung der Freien Offiziere gründete. Er beendete sein Studium an einer britischen Militärakademie.

Diese Vorgeschichte erklärt den beachtlichen Einfluss, den er später in Libyen und auf andere politische Führer hatte, ob sie heute nun für oder gegen Gaddafi sind.

Er hat sein politisches Leben mit unbestreitbar revolutionären Taten begonnen.

Im März 1970, nach massiven nationalistischen Demonstrationen, er-

reichte er den Abzug der britischen Soldaten aus seinem Land, und im Juni räumten die Vereinigten Staaten den grossen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Tripolis und übergaben ihn Militärberatern aus Ägypten, ein mit Libyen verbündetes Land.

#### Extremistische Theorien

1970 sind einige westliche Öl- und Bankgesellschaften mit ausländischem Kapitalanteil durch die Revolution beeinträchtigt worden. Ende 1971 erlitt die berühmte British Petroleum das gleiche Schicksal. Im Agrarsektor wurden alle italienischen Güter beschlagnahmt, die Siedler und deren Angehörigen aus Libyen verwiesen.

Der staatliche Eingriff zielte auf die Kontrolle der Grossunternehmen ab. Die Produktion erreichte ab diesem Zeitpunkt eins der höchsten Niveaus der arabischen Welt. Glücksspiele und Alkoholenuss wurden verboten. Der juristische Status der Frau, durch Tradition begrenzt, wurde erhöht.

Der libysche Führer verstrickte sich in extremistische Theorien, die sich sowohl dem Kommunismus als auch dem Kapitalismus entgegen stellten. Das war eine Phase, in der sich Gaddafi der Theoretisierung widmete, die es sich nicht lohnt, in diese Analyse einzubeziehen. Erwähnenswert ist lediglich, dass im Ersten Artikel der Verkündung der Verfassung des Jahres 1969 der «sozialistische» Charakter der «Grossen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksrepublik» festgeschrieben wurde.

Ich möchte betonen, dass die Menschenrechte für die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in der NATO niemals von Interesse waren.

Die USA beabsichtigen jetzt, die Ereignisse um das kreisen zu lassen, was Gaddafi getan hat oder nicht, weil sie es für nötig halten, militärisch in Libyen zu intervenieren und der revolutionären Welle, die in der arabischen Welt ins Rollen gekommen ist, einen Schlag zu versetzen. Bis jetzt hat man kein Wort verlauten lassen, man hat Stillschweigen bewahrt und Geschäfte gemacht.

Anfang 2003 hat der Sicherheitsrat der UNO die Sanktionen von 1992 gegen Libyen angesichts der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens über Entschädigungen zwischen Libyen und den Antrag stellenden Ländern, d.h. dem Vereinigten Königreich und Frankreich, aufgehoben.

#### Eifriges Klinkenputzen

Noch vor Ende des Jahres 2003 kündigten Bush und Tony Blair eine Vereinbarung mit Libyen an, ein Land, das den Geheimdienstexperten des Vereinigten Königreiches und Washington die Unterlagen über seine Programme nicht konventioneller Waffen sowie über die ballistischen Raketen mit einer Reichweite von über als 300 km übergeben hat. Beamte aus beiden Ländern hatten bereits mehrere Einrichtungen besucht. Das war das Ergebnis mehrmonatiger Gespräche zwischen Tripolis und Washington, wie Bush selbst enthüllte.

Gaddafi hat seine Abrüstungsverprechen erfüllt. In wenigen Monaten hat Libyen die fünf Scud-C-Raketeneinheiten mit einer Reichweite von

Fortsetzung Seite 2

## Aus dem Inhalt

|  |   |
|--|---|
| Die Revolution und ihre falschen Partner         | 2 |
| Israels Ansehen sinkt weiter                     | 3 |
| Die Putschloge P2 und der Aufstieg von Silvio B. | 4 |
| Gegen Landraub: Mehr-Sein statt Mehr-Haben       | 5 |
| Killerspiele und Amokläufe                       | 6 |
| Waffenausfuhr: Beihilfe zum Mord                 | 7 |
| CIA-Projekt «Hexenmeister»                       | 8 |

## Liebe Leserin, lieber Leser

Das Dilemma des Abschlussredaktors vor dem Redaktionsschluss, wenn sich die Ereignisse überstürzen und die Zeitung erst zehn Tage später in die Hände ihrer Leser gelangt. Was ist dann noch aktuell, was hat sich überholt, in Japan beispielsweise, in Libyen hauptsächlich?

Lassen wir Japan aussen vor. Zwar geht es auch dort letztlich um eine menschengemachte Katastrophe. Immerhin aber ist eine Schadensbegrenzung, sofern noch von Begrenzung gesprochen werden kann, zur Zeit der Drucklegung im Gang. Und die grösste Schadensbegrenzung wird ohnehin in der Eliminierung sämtlicher AKW's dieser Erde bestehen – und dieser Kampf ist auch in zehn Tagen noch aktuell.

Was nun aber mit Libyen? Die ersten Bomben sind gefallen und damit der Startschuss zu einem neuen Raubzug auf Bodenschätze. Nicht um Menschenrechte geht es, sondern um Schürfrechte. Da genügt ein Blick auf die Kumpanei, die sich hier gefunden hat: Ein französischer Kaspar, der sich seinen Wahlkampf von Libyen finanzieren liess und dessen Zunge noch heute nach dem Hintern von Gaddafi riecht. Ein widerlicher Duce von Mafias Gnaden. Britische Folterknechte. Und im Hintergrund das Pentagon, das verantwortlich ist für eine Million toter Iraker und Tausender Afghanen – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Und wer dient ihnen zu? Nach bisherigen Berichten sollen die beiden arabischen Länder Qatar und Saudi-

Arabien an den Militäreinsätzen gegen Libyen teilnehmen. Qatar! Ein Musterland der Demokratie und der Menschenrechte. Staatsreligion Islam. Scharia als oberstes Gesetz. Ein Emir, der Inhaber sowohl der legislativen wie der exekutiven Gewalt ist. Kein Parlament. Parteien sind verboten. Und Saudi-Arabien? Das Land belegt bekanntlich den Spitzenplatz als menschenverachtendste Diktatur im gesamten arabischen Raum.

Menschenrechte? Das Lachen bleibt einem im Hals stecken.

Wir sind uns wohl alle einig, dass das libysche Volk etwas besseres verdient hat als das gegenwärtige Regime. Dieses «Bessere» ist aber kaum je auf Bomben daher geflogen gekommen. Die vermeintliche Befreiung à la Sarkozy & Co. bringt neue Knechtschaft, Unterwerfung unter die Interessen der Bomber statt Selbstbestimmung und Souveränität.

Es gibt Alternativen zum Kriegseinsatz: Von der Verhinderung von Waffenlieferungen bis zum weiteren Einfrieren von Vermögen. Eine militärische Intervention hingegen, so die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) werde den libyschen Konflikt auf eine internationale Ebene heben «und die Versuche einer friedlichen Verhandlungslösung» erheblich belasten.

Wir Friedensbewegte tun gut daran, Lehren aus der jüngsten Geschichte zu ziehen, statt uns vorschnell hinter Interventionen zu stellen. Und einmal mehr müssen wir uns fragen: Was nützt wem?

Martin Schwander

## Alles unter Kontrolle

Beim Schreiben dieser Zeilen (16.03.2011) ist die Lage im japanischen Atomkraftwerk Fukushima äusserst kritisch und es ist nicht abzusehen, ob es gelingen wird, die Reaktoren wieder unter Kontrolle zu bringen. Zu hoffen ist jedoch, dass jetzt, wenn Sie diese Zeilen lesen, das Horrorszzenario nicht eingetreten ist, dass es den Japanern gelungen ist, das Allerschlimmste, den Super-GAU zu verhindern.

Erinnern wir uns an die ersten Tage nach dem verheerenden Erdbeben. Mit offiziellen Verlautbarungen der AKW-Betreibergesellschaft Tepco wurde alles unternommen, um die Menschen zu beruhigen. Zuerst: Die automatische Notabschaltung hat funktioniert – alles unter Kontrolle. Dann: Ausfall des ersten Kühlsystems, Notsysteme zugeschaltet – alles unter Kontrolle, keine Gefahr. Weiter: Brand in einem Gebäude, prophylaktische Evakuierung der Bevölkerung – keine Gefahr. Explosion eines Reaktorgebäudes, Austritt von Radioaktivität – für Menschen ungefährlich wenig, und so weiter und so fort. Im Moment befinden sich die Techniker in einem Wettlauf mit der Zeit. Eine Kernschmelze droht.

Während wir mit Bangen und Hoffen nach Japan schauen, hören wir unterdessen von den hiesigen AKW-Betreibern bereits die üblichen beruhigenden Worte. Unsere AKWs sind erdbebensicher, sie genügen einem gängigen, sehr hohen Sicherheitsstandard, etc. etc. Frage: Haben genau das die japanischen Betreiber vorher nicht auch so gesagt?

Zum Nachdenken sei einmal ein Kaiser zitiert. Kaiser Akihito sagte in seiner Fernsehansprache unter anderem, die Probleme mit den japanischen AKWs seien nicht vorhersehbar gewesen.

Wir meinen: Was nicht vorhersehbar ist, hat man nicht unter Kontrolle und gehört weg! Dies gilt insbesondere auch für alle notabene «erdbebensicher» gelagerten Atomwaffen.

Bitte unterstützen Sie unseren Kampf gegen den Atomtod.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7  
Ruedi Moser, Sekretär SFB

## Zu den Veränderungen in Nordafrika

## Die Revolution und ihre falschen Partner

Der Westen ist von der Revolution in Tunesien und Ägypten auf dem falschen Fuss erwischt worden. Die Regierungen der USA und der EU mussten sie begrüssen, das verlangte ihr eigener demokratischer Anspruch. Sie taten es auch, offensichtlich ohne schlechtes Gewissen, aber eher zögernd und verklemmt. Denn grösser als ihre Freude war sogleich die Angst um die Stabilität dieser geostrategisch so wichtigen und labilen Region.

## Von Norman Paech

30 Jahre lang hatten die Regierungen der USA und der EU die Diktaturen im Norden Afrikas mit Waffen und Geld gefüttert, damit sie die Öl- und Gasversorgung sicherten und Israels Kolonisierung der Palästinenser nicht störten. Sie hatten sich auf eine Herrschaftsschicht gestützt, die ein eisernes Dreieck von Politik, Wirtschaft und Militär bildete und eine rigorose Ausbeutung der eigenen Bevölkerung betrieb. Und diese neue Klasse von Grosskapitalisten stützte sich wiederum auf ihre «Partner» im

durch die USA mit 1,3 Milliarden US-Dollar, mit denen auch Polizei und Geheimdienste bezahlt werden, ist nicht in Frage gestellt. Die ägyptische Verfassung ist zwar ausser Kraft gesetzt, aber das Notstandsgesetz von 1958 und der Ausnahmezustand seit 1967, die die Verfassung schon weitgehend beseitigt haben, sind immer noch in Kraft. Das ägyptische Militär, immer loyal gegenüber seinem ehemaligen Präsidenten, hat sich zwar den Demonstranten gegenüber neutral verhalten, aber wird es die Macht an die zivile Opposition übergeben, wenn Omar Suleiman, Vizepräsident,

die Unabhängigkeit der Justiz zu unterminieren». Nichts spricht dafür, dass die britische Botschaft über solche Zustände nicht nach London berichtet hätte. (...)

## Eine Zumutung für die neue Gesellschaft

Man kann der neuen Gesellschaft nur raten: Hände weg von solchen alten Partnern, sie ziehen euch in den alten Sumpf zurück, wo derzeit 20 Prozent der Bevölkerung mit zwei Dollar pro Tag auskommen müssen. Vor den Flüchtlingen ziehen sie die Zugbrücken ihrer Festung hoch und sichern sie mit den Wachhunden der Frontex.

Die einzigen Stimmen, die offen ihr Missfallen über den Aufbruch der Demokratie bekunden, kommen aus der israelischen Regierung. Zu Recht, denn sie haben mit Mubarak einen verlässlichen Verbündeten ihrer Besatzungspolitik verloren. Verlässlich, weil er dafür bezahlt wurde. WikiLeaks förderte eine weitere Depesche der US-Botschaft ans Licht, in der die 1,3 Milliarden Dollar US-Zuschuss für den ägyptischen Militärhaushalt als «unantastbare Kompensation» für Frieden mit Israel bezeichnet wurden. Es gab eine fast tägliche Abstimmung zwischen den Geheimdiensten der Nachbarn und eine gemeinsame Devise in der Behandlung Gazas: «Hungern aber nicht verhungern lassen». Um die einzige Verbindung der gefangenen Bevölkerung zur Aussenwelt, die Tunnel, auch noch zu verschliessen, hatte Ägypten 2009 begonnen, eine 11 Kilometer lange und 18 Meter

tiefe Stahlmauer abzusenken. Diese Kollaboration, so hoffen die Palästinenser, gehört der Vergangenheit an. Wenn selbst ein Liberaler, Ayman Nour, der Vorsitzende der el-Ghad-Partei, die im Network of Arab Liberals engste Beziehungen zur Friedrich-Nauman-Stiftung hat, fordert, dass der Friedensvertrag von 1979 neu verhandelt werden müsse, dann weiss auch Jerusalem, dass eine neue Zeit angebrochen ist.

Israel hat seine beiden einzigen Friedensverträge mit Diktatoren geschlossen, Anwar Al-Sadat und König Hussein. Die «einzige Demokratie» im Nahen Osten kann sich offensichtlich nur mit Diktaturen arrangieren, was über den Zustand dieser Demokratie nichts Gutes aussagt. Die Verachtung, die die politische Klasse in Israel für die arabischen Volksmassen übrig hat, ist bekannt. Sie hält sie nicht für demokratiefähig und bemerkt den Balken im eigenen Auge nicht. «Ist das Demokratie, wenn man politische Gegner von den Dächern Gazas in den Tod stürzt, ihnen in die Knie schießt und Frauen hinrichtet? Nein, das ist das Ergebnis eines amerikanischen Missverständnisses, das Wahlen heiligt und die Risiken ihrer Resultate ignoriert», wird Dov Weinglass, ehemaliger Bürochef von Ariel Scharon, zitiert. Er hat den Goldstone-Bericht nicht gelesen und kommt nicht auf den Gedanken, diese Frage an die eigene Armee zu stellen. Für ihn sind Wahlen ein korrigierbares Risiko, weswegen Israel die Wahlen in Gaza von 2006 faktisch an-

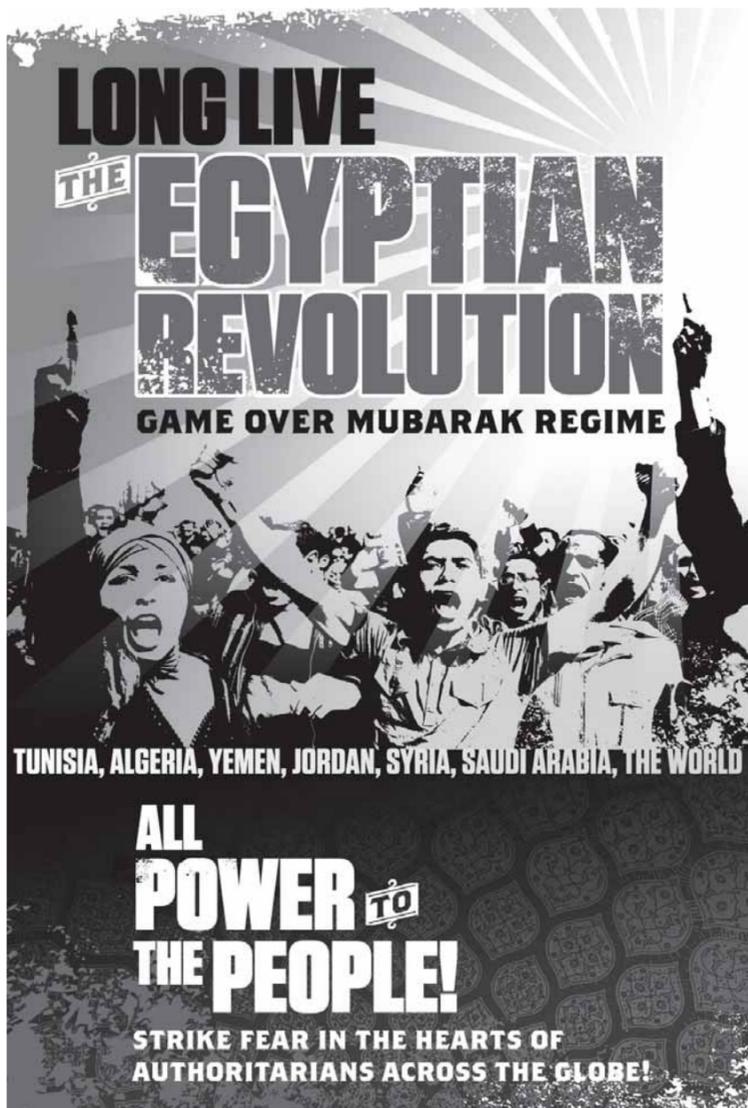
nulliert hat. Er wird Zippi Livni zustimmen, die die Ägypter davor warnt, die Muslimbrüder an der Wahl zu beteiligen. Er wird auch dem scheidenden israelischen Generalstabschef Gabi Ashkenasi zustimmen, der Israel rät, sich auf einen Mehrfrontenkrieg vorzubereiten.

## Angst vor Demokratie bei den Nachbarn

Nichts in dieser arabischen Revolution deutet darauf hin, dass Israel von dem neuen Ägypten angegriffen wird. Und dennoch bereitet sich die israelische Führung auf einen nächsten Krieg vor, den sie allenfalls wieder selbst beginnen wird. Die Unfähigkeit, auf eine demokratische Bewegung mit demokratischen Angeboten zu antworten, zeigt, wie weit die Besatzungspolitik und ihre militärischen Exzesse bereits die eigene Demokratie zersetzt haben. Sie zeigt, wie notwendig es ist, dass sich die Revolution nicht nur auf die arabischen Nachbarn ausdehnt, sondern auch auf Israel.

Die ganze Misere Israels, seine Angst vor der Demokratie bei den Nachbarn, rührt aus dem Anachronismus des zionistischen Wahns und seiner kolonialen Besatzungspolitik. Er treibt das Land immer wieder in kriegerische Abenteuer, befreit es aber nicht aus seinem Käfig. So überraschend die arabische Revolution, so logisch ist sie bei näherer Betrachtung. Logisch wäre sie auch in Israel und darauf sollten sich die Freunde im Westen konzentrieren.

Prof. Norman Paech war 2005 – 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und aussenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKEN. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors. Quelle: ND



Poster von Tim Simons. Quelle: timsimonsgraphics.net

Ausland, die sie mit allem versorgten, was sie zur Sicherung und zum ungestörten Genuss ihres Reichtums brauchte. Wer hier je von Korruption der Regime sprach, weiss spätestens jetzt, wem er sie vorwerfen musste.

## Fassadenkosmetik der Wendigen

Vier Tage hat es gedauert, um Tunesiens Ben Ali vom Thron zu holen, nach 18 Tagen gab schliesslich Mubarak auf. Doch wird es gelingen, das System der Herrschaft zu stürzen? Wir sind weder im Jahr 1789 noch 1917 oder 1989. Der entscheidende unter vielen Unterschieden ist, dass dieses System nach wie vor eine feste Verankerung bei seinen alten «Partnern» in den USA und der EU hat. Und die sind schon wieder dabei, an dem System zu arbeiten, seine Fassade zu säubern und von innen zu stabilisieren. Da wird zwar die Partei des Ben Ali aus der «Sozialistischen Internationale» geworfen (was qualifizierte sie jemals für ihre Mitgliedschaft?), aber die Finanzierung der Hälfte des ägyptischen Militärbudgets

Chef des Geheimdienstes, ein Mann des Militärs mit Ausbildung in der Sowjetunion und den USA und einer der schlimmsten Folterer, gemeinsam mit dem Hohen Militärrat tagt?

Was haben wir von der Wendigkeit des europäischen Beauftragten für den Nahen Osten, Tony Blair, zu halten, der kurz zuvor noch Mubarak lobte, er sei «enorm mutig und eine Kraft für das Gute», und nach dessen Rücktritt verkündete, dass dies «ein zentrales Moment für die Demokratie im Nahen Osten» sein könnte? Wikileaks hat jetzt einige Depeschen aus der US-Botschaft in Kairo von 2009 veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass die US-Regierung voll darüber im Klaren war, dass das Mubarak-Regime seine Herrschaft mit den Mitteln des Terrors sicherte. Die Botschaft berichtete nach Washington, «dass es buchstäblich Hunderte von Folteropfern pro Tag allein in den Polizeistationen Kairs gibt». Sie zitierte «Dauerbefehle des Innenministers zwischen 2000 und 2006 an die Polizei, auf Richter zu schießen, sie zu schlagen und zu demütigen, um

Fortsetzung von Seite 1

800 km abgegeben und hunderte Scud-B-Raketen mit einer Reichweite, die die 300 km der Kurzstreckenverteidigungsraketen übertrifft.

Ab Oktober 2002 begann ein Besuchermarathon nach Tripolis: Berlusconi im Oktober 2002; José María Aznar im September 2003; Berlusconi erneut im Februar, August und Oktober 2004; Blair im März 2004; der Deutsche, Schröder, im Oktober jenes Jahres; Jacques Chirac im November 2004. Alle Welt war zufrieden. Mit Geld kann man alles erreichen.

Gaddafi hat Europa im Triumph durchreist. Er wurde 2004 von Romano Prodi, dem Vorsitzenden des Europarates in Brüssel empfangen. Im August jenes Jahres hat der libysche Führer Bush eingeladen, sein Land zu besuchen; Exxon Mobil, Chevron Texaco und Conoco Philips haben für die Wiederaufnahme der Rohölförderung einen Joint Venture abgeschlossen.

Im Mai 2006 kündigten die Vereinigten Staaten die Entfernung Libyens von der Liste terroristischer Staaten sowie die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen an.

In den Jahren 2006 und 2007 haben Frankreich und die Vereinigten Staaten Verträge über die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Im Mai 2007 besuchte Blair Gaddafi in Syrte. Wie veröffentlicht wurde, hat British Petroleum einen «enorm wichtigen» Vertrag über die Erkundung von Gaslagerstätten unterzeichnet.

Im Dezember 2007 hat Gaddafi Frankreich zweimal besucht und Verträge über militärische und zivile Ausrüstung in Höhe von 10 Milliarden Euro unterzeichnet. Er besuchte auch Spanien, wo er sich mit dem Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero traf. Es wurden Verträge in Millionenhöhe mit wichtigen Ländern der NATO unterzeichnet.

Warum haben sich jetzt plötzlich die Botschaften der Vereinigten Staaten und der übrigen Mitgliedstaaten der NATO zurückgezogen?

Das alles ist äusserst merkwürdig.

## Mit zwei Ellen gemessen

Welche Massnahmen wird der Sicherheitsrat über jene verhängen, die mehr als eine Million Zivilisten in Irak getötet haben und jene, die täglich Männer, Frauen und Kinder in Afghanistan ermorden, wo vor ein paar Tagen die aufgebrachte Bevölkerung auf die Strassen strömte, um gegen das Gemetzel an unschuldigen Kindern zu protestieren?

Zehn Tage lang wurden in Genf und in den Vereinten Nationen mehr als 150 Reden über die Verletzungen der Menschenrechte gehalten, die Millionen Mal im Fernsehen, Rundfunk, Internet und in der Presse wiederholt wurden.

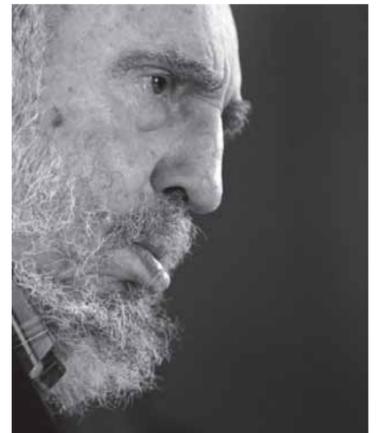
Der Aussenminister Kubas, Bruno Rodríguez, äusserte am 1. März 2011 in seiner Rede vor den in Genf versammelten Aussenministern Folgendes:

«Das menschliche Bewusstsein lehnt den Tod unschuldiger Personen unter jeglichen Umständen und an jeglichem Ort ab. Kuba teilt voll und ganz die Sorge der Welt über die Verluste an Zivilisten in Libyen und wünscht, dass dieses Volk eine friedliche und souveräne Lösung für diesen Bürgerkrieg findet, ohne jegliche ausländische Einmischung, und dass diese Lösung die Integrität dieser Nation garantiert.»

Einige der letzten Sätze seiner Rede waren kurz und bündig:

«Wenn das menschliche Grundrecht das Recht auf Leben ist, wird der Sicherheitsrat dann in der Lage sein, das Mitgliedsrecht der Staaten aufzuheben, die einen Krieg entfesseln?»

«Wird er die Mitgliedschaft der Staaten unterbrechen, die Militärhilfe finanzieren und liefern, wenn diese vom Empfängerstaat für massive, fla-



grante und systematische Verletzungen der Menschenrechte benutzt wird sowie für Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, wie es in Palästina der Fall ist?»

«Wird er diese Massnahme gegen die mächtigen Länder anwenden, die aussergerichtliche Hinrichtungen mit Spitzentechnologie wie intelligenter Munition und unbemannten Flugzeugen im Staatsgebiet anderer Länder durchführen?»

«Was wird mit den Staaten passieren, die auf ihrem Staatsgebiet illegale, geheime Gefängnisse akzeptieren, den Verkehr von Geheimflügen mit entführten Personen bewilligen oder an Folterhandlungen teilnehmen?»

Wir sind gegen den inneren Krieg in Libyen, für den sofortigen Frieden und für die volle Respektierung des Lebens und der Rechte aller Bürger, ohne ausländische Einmischung, die nur zur Verlängerung des Konflikts führen und den Interessen der NATO dienen wird.

(Quelle: Cubadebate. Übersetzung Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI. Von UW gekürzt.)

Redaktionsschluss  
dieser Nummer:  
16. März 2011

Israels Ansehen sinkt weiter

## Die falsche Seite

Israel hat seit Jahrzehnten ein Besatzungsregime aufrecht erhalten. Es fährt damit fort, ein anderes Volk zu beherrschen und zu demütigen. Ideologisch und praktisch lebt es in der mentalen Welt des 19. Jahrhunderts, wohingegen der Rest der Welt zum Leben im 21. Jahrhundert startet. Israels Politik ist schlicht und einfach anachronistisch, meint der israelische Friedenskämpfer Uri Avnery.

Von Uri Avnery

Von allen erinnerungswerten Sätzen, die von Barack Obama in den letzten zwei Jahren geäußert wurden, ist mir einer aus seiner historischen Rede, die er in Kairo zu Beginn seiner Amtszeit gehalten hat, mehr als jeder andere im Gedächtnis geblieben. Er warnte die Nationen davor, sich «auf die falsche Seite der Geschichte» zu stellen.

Es scheint, dass die arabischen Nationen diesem Ratschlag mehr Beachtung geschenkt haben, als er erwartet hatte. In den letzten Wochen sprangen sie von der falschen auf die richtige Seite der Geschichte. Und was für ein Sprung das war!

Unsere Regierung bewegt sich jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Sie ist entschlossen, so wie es scheint, sich so weit wie möglich von der richtigen Seite zu entfernen.

Wir sind in einer Sackgasse. Und es liegt in der Natur der Sackgasse, dass man, je tiefer man dort hineingerät, umso weiter zurückgehen muss, wenn die Zeit kommt.

Anfangs März fand ein faszinierendes Telefongespräch statt. An einem Ende war Benjamin Netanyahu, an dem anderen die deutsche Bundeskanzlerin.

In früheren Zeiten sprachen die Weltführer grundsätzlich nicht direkt miteinander. Bismarck nahm nicht das Telefon, um mit Napoleon III. zu sprechen. Er hatte routinierte Diplomaten gesandt, die genau wussten, wie man Kanten glättet und wie man mit sanfter Stimme ein Ultimatum überbringt.

Netanyahu rief an, um Angela Merkel wegen Deutschlands Votum zugunsten der Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Verurteilung der Siedlungen zurechtzuweisen – der Resolution, die durch das skandalöse Veto der USA verhindert wurde. Ob unser Premierminister den Holocaust erwähnt hat, weiss ich nicht, aber mit Sicherheit brachte er seinen Ärger zum Ausdruck, dass Deutschland es gewagt habe, gegen den «jüdischen Staat» zu stimmen.

Über die Antwort war er schockiert. An Stelle einer reuevollen Frau Merkel, die sich unterwürfig entschuldigt, hörte sein Ohr die Vorwürfe einer Schullehrerin, die ihm klipp und klar ihre Meinung sagte. Sie sagte ihm, dass er all seine Versprechen gebrochen hätte und dass keiner der Weltführer auch nur einem einzigen seiner Worte von nun an Glauben schenken werde. Sie verlangte von ihm, dass er mit den Palästinensern Frieden schliesse.

Wenn jemand wie Netanyahu als «sprachlos» gelten könnte, wäre dies in diesem Moment geschehen. Zu Netanyahus Glück kann ihm so etwas jedoch einfach nie passieren.

### Delegitimatsia

Dieses Gespräch ist ein Symptom eines fortschreitenden Prozesses – der langsamen, aber ständigen Verschlechterung von Israels internationalem Ansehen.

In Israel nennt man das «Delegitimatsia». Man sieht darin eine unheimliche, weltweite Verschwörung, eher analog den «Protokollen der Weisen von Zion». Ganz klar, es steht mit nichts im Zusammenhang, was wir tun – da ja all unsere Taten so rein wie Gold sind. Die einleuchtende Folgerung daraus: Israels Feinde in der ganzen Welt – einschliesslich ihrer Fünftens Kolonne in Israel selbst – planen

insgeheim die Zerstörung Israel mit Hilfe aller Boykottarten.

Unsere Führer wissen, wie man diesen geplanten Anschlag verhindern kann – nämlich, indem Gesetze erlassen werden. Jeder, der den Feinden Israels Listen von Unternehmen, die in den Siedlungen ansässig sind, liefert, wird bestraft. Jeder, der zu einem Boykott gegen Israel oder die Siedlungen aufruft, ist – in den Augen der Gesetzesmacher ein und dasselbe – er muss astronomische Strafgebühren und Entschädigungen zahlen, Millionen Dollar. Und wenn all das noch nicht hilft, dann werden die Feinde des Regimes ins Gefängnis gesteckt, so wie es bereits Jonathan Pollak, einem Demonstranten für Frieden, ergangen ist.

Aber es hat den Anschein, unsere Führer verlassen sich nicht einzig und allein auf diese Massnahmen. Deshalb entschied unser stellvertretender Aussenminister, Danny Ayalon (erinnern Sie sich?, das Genie, das den türkischen Botschafter demütigen wollte, indem er ihn auf einen niedrigen Stuhl platzierte), entschied, nach noch radikaleren Mitteln zu greifen: Alle israelischen Botschafter werden nun zu einem historischen Treffen mit unserem Urvater Abraham zur Höhle von Machpela in Hebron gesandt, der gemäss dem jüdischen Glauben dort beerdigt ist (Archäologen denken, dass es ein muslimischer Scheich ist, der dort liegt.)

Im Ernst, unsere Führer sehen nun aus wie der Junge in der Legende, der seinen Finger in den Deich steckt, um das Wasser aufzuhalten, obwohl in unserem Falle der gesamte Deich bereits bröckelt.

### Neue Weltordnung

Ja, Israels Ansehen in der Welt sinkt tatsächlich ständig weiter, aber nicht aufgrund eines weltweit geplanten Anschlags, bei dem sich «Antisemiten» und «selbsthassende Juden» vereinigen.

Unser Ansehen sinkt, weil wir auf der falschen Seite der Geschichte stehen. Israel hat seit Jahrzehnten ein Besatzungsregime aufrecht erhalten. Es fährt damit fort, ein anderes Volk zu beherrschen und zu demütigen. Ideologisch und praktisch lebt es in der mentalen Welt des 19. Jahrhunderts, wohingegen der Rest der Welt zum Leben im 21. Jahrhundert startet. Israels Politik ist schlicht und einfach anachronistisch.

Das 21. Jahrhundert wird das Zusammenkommen der Nationen sehen. Es wird den Beginn einer Weltordnung sehen, und ich habe keinerlei Zweifel, dass dieser Gedanke realisiert werden wird.

Dies ist keine Vision von blauäugigen Idealisten. Es ist eine bedeutende Notwendigkeit für die Menschense und all ihre Völker und Nationen. Die Welt ist mit Problemen konfrontiert, die kein Einzelstaat oder keine Staatengruppe selbst lösen kann. Die globale Erwärmung, die die gesamte Existenz der menschlichen Spezies bedroht, ist naturgemäss ein Weltproblem. Die kürzliche Wirtschaftskrise hat gezeigt, der Zusammenbruch der Wirtschaft eines Landes kann sich wie ein Lauffeuer über die gesamte Welt verbreiten. Das Internet hat eine weltweite Gemeinschaft aufgebaut, mit deren Hilfe Gedanken leicht von Land zu Land verbreitet werden können, so wie wir es gerade in der arabischen Welt sehen können.

Internationale Institutionen, die einst nur Spott ernteten, sind im Be-



griff, eine effektive Gerichtsbarkeit zu erlangen. Der Internationale Gerichtshof hat an Einfluss gewonnen. Das Völkerrecht, das in der Vergangenheit hauptsächlich eine abstrakte Idee war, entwickelt sich langsam zu einem echten Weltrecht. Bedeutende und mächtige Länder wie Deutschland und Frankreich geben einen Grossteil ihrer Souveränität zugunsten der Europäischen Union ab. Die regionale und weltweite Kooperation zwischen den Nationen wird zu einer politischen Notwendigkeit.

Konzepte wie Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte, sind nicht nur moralische Werte – in der Welt von heute werden sie zu wesentlichen Notwendigkeiten, zur Basis einer neuen Weltordnung.

All diese Prozesse gehen unerträglich langsam voran, geradezu in geologischem Tempo. Aber die Richtung ist unmissverständlich und kann nicht wieder umgekehrt werden. Was immer auch Barack Obamas Handlungen – oder das Ausbleiben dieser – bewirkten, seiner Intuition in Bezug auf die Richtung kann man vertrauen.

Das ist die «richtige Seite der Geschichte». Aber unser Land verschliesst davor seine Augen. Wahrhaftig übertrifft es die meiste internationale Industrie und Hochtechnologie und arbeitet mit Erfolg an der Ausdehnung seiner wirtschaftliche Beziehungen zu den entferntesten Punkten der Welt. Aber es verschmäht die internationale öffentliche Meinung, die UNO und das internationale Recht. Es hält an einer Art des Nationalismus fest, die zur Zeit der französischen Revolution «modern» war, als der «Nationalstaat» das höchste Ideal war. Selbstverständlich ist der Nationalismus nicht tot und hat sogar heute noch einen bedeutenden Platz in dem Bewusstsein der Völker. Aber dabei handelt es sich um eine völlig neue Form von Nationalismus, den Nationalismus des 21. Jahrhundert, der nicht im Widerspruch zum Internationalismus steht, sondern im Gegenteil, der einen Baustein im Bauwerk der internationalen Struktur darstellt.

Die arabischen Nationen sind plötzlich aus einem Jahrhunderte langen Schlummer aufgewacht und kämpfen nun, um die anderen Nationen einzuholen. Die anachronistischen Tyrannen, die sie unten hielten, ihre Fähigkeiten verschwendeten und ihnen Muster vergangener Zeiten aufzuzwingen, gibt es nicht mehr. Es ist schwer erkennbar, wohin diese Aufstände, die

die Region von Marokko bis Oman und von Syrien bis zum Jemen erfasst haben, gehen werden. Es fällt schwer, etwas vorherzusagen, besonders die Zukunft.

### Nachhaltige Auswirkungen

2011 mag für die arabische Welt das sein, was 1848 für Europa war. Damals, als das französische Volk sich erhob, breiteten sich die Wellen der Revolution über einen Grossteil der Fläche des Kontinents aus. Es scheint, dass ich nicht der einzige bin, der jetzt an dieses Beispiel erinnert wird. Viel kann daraus gelernt werden und nicht alles ist positiv. In Frankreich beseitigte der Aufstand ein korruptes Regime, aber er ebnete den Weg für den Aufstieg von Napoleon III., den ersten der modernen Diktatoren Europas. In Deutschland, damals in Dutzende Königreiche und Fürstentümer zersplittert, waren die Machthaber verängstigt und versprachen so demokratische Reformen. Aber während die Debatten der Juristen und Politiker in Frankfurt über die Zukunft des Grundgesetzes weiter und weiter gingen, versammelten die Könige ihre Armeen, vernichteten die Demokraten und starteten eine neue Ära der Unterdrückung. (Der Fehlschlag der Frankfurter Versammlung kommt zum Ausdruck in dem unsterblichen deutschen Vers: «Dreimal hundert Professoren! Vaterland, du bist verloren!»)

Die Revolutionen von 1848 hinterliessen ein Vermächtnis von Enttäuschung und Verzweiflung. Aber sie waren nicht umsonst. Die noblen Ideen, die in diesen stürmischen Monaten entstanden sind, sind nicht «gestorben», zukünftige Generationen streben danach, sie in allen Ländern des Kontinents zu realisieren.

Die arabischen Revolutionen mögen auch in Misserfolg und Enttäuschung enden. Sie mögen neue Diktaturen entstehen lassen. Hier und da mögen anachronistische religiöse Regime aufkommen. Jedes arabische Land ist anders als die anderen, und in jedem werden sich die Entwicklungen den Bedingungen vor Ort unterordnen. Aber was sich gestern in Tunesien und Ägypten ereignet hat, was sich heute in Libyen und im Jemen abspielt und was morgen in Saudi Arabien und Syrien geschieht, wird das Profil der arabischen Länder über einen langen Zeitraum prägen. Sie werden eine vollkommen neue Rolle auf der Weltbühne spielen.

Israel wird von den Siedlern beherrscht, die geistig den Kreuzfahrern des 12. Jahrhunderts gleichen. Fundamentalistische religiöse Parteien, die sich nicht allzu sehr von ihren iranischen Kontrahenten unterscheiden, spielen eine bedeutende Rolle in unserem Staat. Die politische und wirtschaftliche Elite ist von Korruption durchdrungen. Unsere Demokratie, auf die wir so stolz waren, ist in Todesgefahr.

Einige Menschen argumentieren, dass all dieses geschieht, weil «Netanyahu keine politische Linie hat». Nonsense! Er hat eine klare Politik: Israel als Garnisonsstaat aufrecht zu erhalten, um die Siedlungen auszudehnen, um die Gründung eines echten Palästinenserstaates zu verhindern und ohne Frieden in einem Staat des ewigen Konfliktes weiterzumachen.

Gerade jetzt hat man durchsickern lassen, dass Netanyahu eine historische Rede halten wird – eine weitere – sehr bald. Nicht in der Knesset, deren Bedeutung beinahe gleich Null ist, sondern in einem wirklich bedeutenden Forum: der AIPAC, der Pro-Israel-Lobby in Washington.

Dort wird er seinen Friedensplan offen legen, von dem ebenfalls Einzelheiten durchgesickert sind. Ein wundervoller Plan, mit nur einem geringen Fehler: Er hat nichts mit Frieden zu tun.

Er schlägt vor, einen Palästinenserstaat in «provisorischen Grenzen» zu errichten. (bei uns ist nichts beständiger als das «Provisorische»). Er wird aus der Hälfte der Westbank bestehen. (Die andere Hälfte, einschliesslich Ost-Jerusalem, wird vermutlich mit Siedlungen bedeckt werden). Für die Diskussion über die Kernthemen – wie Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge usw. – wird es einen Zeitplan geben. (In Oslo wurde ein Zeitplan von fünf Jahren festgesetzt. Er lief 1999 aus, zu einer Zeit, wo die Verhandlungen noch nicht einmal begonnen hatten.) Bis die Palästinenser Israel als einen Staat des jüdischen Volkes anerkennen und seine «Sicherheitsanforderungen» akzeptieren, werden keinerlei Verhandlungen beginnen. (mit anderen Worten: Nie!)

Wenn die Palästinenser solch einen Plan akzeptieren, müssen sie (nach den Worten des Verteidigungsministers der USA in einem anderen Kontext) «ihre Köpfe untersuchen lassen». Aber natürlich wendet sich Netanyahu nicht an die Palästinenser. Sein Plan ist ein primitiver Marketingversuch. (Immerhin war er in der Vergangenheit ein Marketing-Agent für Möbel). Das Ziel ist, die internationale Kampagne der «Delegitimatsia» zu stoppen.

Ehud Barak hatte auch diese Woche etwas zu sagen. In einem langen TV-Interview, das fast völlig aus politischen Geschwafel bestand, machte er eine wichtige Anmerkung: die arabischen Aufstände verschaffen Israel neue Möglichkeiten. Welche Möglichkeiten? Sie ahnen es: grössere Mengen amerikanischer Waffen zu erhalten. Waffen und Amerika über alles!

Und in der Tat, der einzige Faktor, der diese Politik ermöglicht, ist die beispiellose Beziehung zwischen Israel und den USA. Aber das arabische Aufwachen wird mittel- und langfristig die israelisch-arabische Bilanz der Macht verändern – psychologisch, politisch und wirtschaftlich und letzten Endes auch militärisch. Zeitgleich wird die Weltbilanz der Macht sich ebenso verändern. Neue Mächte entstehen, alte Mächte verlieren nach und nach ihren Einfluss. Dies wird kein einmaliges dramatisches Geschehen sein, sondern ein langsamer und stetiger Prozess.

So bewegt sich die Geschichte. Jeder, der sich selbst auf die falsche Seite stellt, wird den Preis dafür zahlen.

(Deutsche Übersetzung: Inga Gelsdorf. Poster: Michael Thompson)



Wohin wollen wir noch wachsen?

## Mehr-Sein statt Mehr-Haben

Für eine nachhaltige, sozialverträgliche globale Landwirtschaftspolitik plädiert in einem Manifest der Basler Francesco Gmür. Der pensionierte Priester schöpft seine Überzeugung aus der Bibel und fordert eine neue Kultur der Genügsamkeit.

Von Francesco Gmür

### Sehen

Regierungen im Süden (Afrika, Asien, Lateinamerika) verkaufen, verpachten oder vermieten grosse Ländereien an ausländische Regierungen oder an private Investoren. Laut Weltbank handelt es sich um rund 50 Millionen Hektaren (1 Hektare = 100 Aren = 10 000 m<sup>2</sup>).

Dies geschieht z.B. in Benin, Sudan, Sambia, Mosambik, Madagaskar und anderswo in Afrika. Ebenso in asiatischen Ländern wie Laos und Kambodscha. In Lateinamerika betrifft es vor allem Brasilien und Peru. Ein konkretes Beispiel: Im afrikanischen Äthiopien sind 3 Millionen Hektaren ausgezont und gleichzeitig sind 6.2 Millionen Menschen auf Lebenshilfemittel angewiesen.

In diesen Landraub-Geschäften mischt auch die Schweiz tüchtig mit. Es handelt sich um Banken: UBS, Sarasin und Pictet. Ebenso verschiedene Agro-Unternehmen: PF(LUX)-Agriculture Fund, The Global Agri-Cap in Zürich, GAIA World Agri Fund in Genf, Man Investment AG in Pfäffikon (SZ), Glencore in Zug, ADDAX Bioenergy in Genf und Nestlé. Und vermutlich noch andere mehr.

In Brüssel wurde für die nächsten sieben Jahre die Agrar-Aussenpolitik vorbereitet. Ein weiteres Wachstum des Agrar-Aussenhandels ist bestimmt. In Mosambik gab es im September 2010 einen «Brotaufstand». Den hat man wohl zur Kenntnis genommen. Aber zu Änderungen hat er nicht geführt. Mosambik ist zu weit weg!

### Urteilen

Recht auf Nahrung (Art. 25 der Menschenrechtserklärung) haben alle Menschen, auch Kinder und Schwarze. Der Gier nach Land werden die

wichtigen Lebensgrundlagen für viele Kleinbauern geopfert. In 29 Staaten (vor allem in Afrika) ist die Situation von Hunger und Mangelernährung ernst bis sehr ernst. So urteilt der Welthunger-Index.

Im Jahr 2000 haben alle Regierungschefs der Welt die Millenniumsziele an der Vollversammlung der UNO deklariert. Sie wollten guten Willens u.a. den Hunger bis ins Jahr 2015 halbieren. Der Landraub hat aber die hungerleidende Bevölkerung von ca. 800 Millionen auf über eine Milliarde erhöht.

Landraub (Land Grabbing) vertreibt viele Kleinbauern (zum grossen Teil ohne Landersatz und Entschädigung) in die Stadt oder besser gesagt an den Rand der Stadt, in die Slums. Wenn es im eigenen Land nicht weiterreicht, ziehen sie ins nahe Ausland...oder nach Europa. Einigen gelingt der Sprung in die Schweiz. Sie werden hier nicht erwartet, aber sie hören die Forderungen nach Integration.

Riesige Agrarflächen werden industrialisiert. Kunstdünger und grosse Bewässerungsanlagen sind erforderlich. So werden ökologische Schäden organisiert, weil man aus den Misserfolgen der kolonialen Wirtschaft nichts gelernt hat. Die Monokulturen



Zulasten der Nahrungsmittelsicherheit

## Jagd auf Agrarland

Landnahme durch Konzerne und Staatsfonds geht oft zulasten der Nahrungsmittelsicherheit

Von Knut Henkel

Der Wettlauf um fruchtbare Ackerflächen in Afrika, Asien und Lateinamerika ist in den letzten Jahren zu einem neuen Phänomen geworden. Etliche Millionen von Hektar werden mittlerweile alljährlich verkauft oder verpachtet, um Agrarprodukte für den Weltmarkt oder Biosprit zu produzieren. Ein Phänomen, welches die Ernährung der Bevölkerung in vielen Ländern bereits in Frage stellt.

Madagaskar ist nicht gerade ein Land mit ausgedehnten Agrarflächen. Jedes Jahr gehen auf der südostafrikanischen Insel durch Erosion etliche Tausend Hektar Anbaufläche verloren, kritisieren lokale Agrarwissenschaftler. Gleichwohl entschloss sich die Regierung in Antananarivo im Juli 2008, gleich 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zu verpachten. Auf diesen Äckern, die in etwa der Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Madagaskars entspricht, sollten fortan Futtermais und Ölpalmen angebaut werden. Pächter war Daewoo Logistics aus Südkorea.

Dieser Deal ist nur einer der spektakulärsten in einer ganzen Reihe von Verträgen, die weltweit in den letzten Jahren zustande kamen. Land wird in immer größerem Maßstab gehandelt. Der Grund dafür liegt auf der Hand, denn seit 2008 die Weltmarktpreise für wichtige Agrarprodukte auf Rekordmarken geklettert waren, ist Ackerland bei Investoren en vogue. Das bestätigt auch eine Weltbank-Studie. Die Käufer sind zumeist private oder staatliche Fonds sowie andere Investoren und Beteiligungsgesellschaften. Ein Ende dieses Trends ist, so die Experten, nicht abzusehen.

Besonders weit fortgeschritten ist der Ankauf von Acker- und Brachland in Afrika. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass dort der Zuckerrohranbau für die Ethanolproduktion den Anbau von Nahrungsmitteln verdrängt. Rosig sind oft die Versprechen der Unternehmen, wenn sie ihre Projekte in Kenia, Uganda oder Madagaskar vorstellen. Doch in der Realität sieht es dann oft anders aus. In Madagaskar führte das «Land Grabbing» Anfang 2009 zum Sturz der Regierung: Präsident Ravalomanana musste nach Protesten aus der Bevölkerung zurücktreten. Die Proteste waren wesentlich durch das Pacht-Abkommen mit Daewoo Logistics ausgelöst worden.

von damals haben fruchtbares Land unfruchtbar gemacht, ausgelaugt und zerstört.

Postkolonial nennt man Landraub «landwirtschaftliche Investitionen». Landübergaben von den Regierungen im Süden an Banken und Agrounternehmen im Süden geschehen in einem quasilegalen Rahmen – mit oder ohne Korruption. Juristen schaffen komplizierte und undurchsichtige Übernahmeverträge. Oft genug werden dabei nationale Gesetze missachtet.

### Handeln

Wir stehen unter wirtschaftlichem Wachstumszwang, heisst es. Und die Zahl der Arbeitslosen wird weltweit nicht kleiner. Wohin wollen wir noch wachsen?

Die Gier nach Mehr-haben-wollen sitzt tief in uns drin. Gelegentlich trösten wir uns mit sog. Sachzwängen, reden aber trotzdem von freien Entscheidungen.

Das Gebot des Nicht-Begehrens nach fremdem Hab und Gut hat mit dem Land-Grabbing wieder eine ganz aktuelle Note bekommen.

Eine neue Kultur der Genügsamkeit ist angesagt. Sie lädt ein zum Mehr-Sein und führt weg vom Mehr-Haben. Dieses Genug-Haben erübrigt jede Diskussion über Boni von Bankern und Managern.

Meinen Zeitgenossen möchte ich sagen, dass die Bibel zum Handeln reizt. Sie hilft uns gegen den Strom zu schwimmen. Wir geraten mitten hinein ins Suchen nach Frieden und Gerechtigkeit und Bewahren der Schöpfung. In der Bibel liegt ein ungeheures Potenzial. Minderheiten kommen zum Zug. Solidarität mit ihnen wird geross geschrieben. Ausgrenzungen geschehen keine – im Gegenteil.

Hilfen für diesen Beitrag erhielt ich vom «Einblick» 1/2010 und 2/2010 von Brot für alle und Fastenopfer und von «Welt-Sichten» 11/2010.

Der Autor wurde 1961 zum Priester geweiht. 1961–1966 in Basel, 1967–1973 in Malters, 1973–1989 im peruanischen Hochland, 1989–2003 in Basel. Seit 2004 pensioniert.

Ölpalmen werden auch in Kolumbien angebaut – für die kosmetische Industrie, aber auch für Biomasse-Kraftwerke. Kolumbien ist mittlerweile einer der größten Palmöl-exporteure der Welt. Dabei werden die Landrechte der lokalen Bevölkerung immer wieder ignoriert, wie die kolumbianische Juristin Judith Maldonado Mojica erläutert. Auch dies ist ein weltweites Phänomen, denn immer wieder wird Land über die Köpfe der Bevölkerung hinweg verkauft oder verpachtet. Traditionelle Nutzungsrechte werden dabei ebenso ignoriert wie kollektive Landtitel.

### Gier nach Land schafft Hunger

Agrarinvestitionen müssten verantwortlich sowie sozial und ökologisch nachhaltig sein, meint die Weltbank.

Dies ist nach den Erkenntnissen von Nichtregierungsorganisationen wie FIAN oder «Brot für die Welt» aber in aller Regel nicht der Fall. Durch Investitionen in Viehweiden oder Plantagen mit Ölpalmen gehen erfahrungsgemäss große Waldflächen verloren, während ihr Beitrag zur Armutsminderung nur gering ist. Die Gier nach Land schafft Hunger – eine Tatsache, die nicht unter den Tisch fallen sollte. Auch das belegt der Bericht der Weltbank, nur wird es nicht immer so deutlich ausgesprochen. Manche Experten hoffen nämlich auf positive Effekte der Investitionen.

Quelle: ND (gekürzt)



Yanet Cruz, 2005 Jugend-WM-Dritte im Speerwerfen, mit ihrem Bild in der Aargauer Zeitung. Foto S. Wanitsch.

Im publizistischen Lotterbett

## Dümmliche Agitation

Wie ein Pressefoto mit dem entsprechenden Kommentar zur Hetze gegen Kuba genutzt wird, beschreibt uns Samuel Wanitsch, der nationale Koordinator der Vereinigung Schweiz-Kuba.

Von Samuel Wanitsch

Kurz vor der Fussball-WM fällt das Bild einer Speerwerferin in der Aargauer Zeitung vom 10. Juni 2010 besonders auf. Die Athletin ist in der Bewegung festgehalten, wie sie eine «blinde» Granate wirft. Der Kolumnisten-Kommentar: «Yanet Cruz ist Speerwerferin. Dazu Kubanerin. Speere gibt's nicht, trainieren muss sie trotzdem. Da hatte ihr Trainer die Idee, fürs Training Stahlkugeln auszugeben. Weil nun aber selbst diese Kugeln Mangelware sind, übt Yanet Cruz im Panamericana-Stadion von Havanna mit deaktivierten Handgranaten. In Diktaturen ist Sport immer auch Baustein. Granaten passen also ins Bild. Olympiagold dürfte Yanet trotzdem kaum erringen. Nicht wegen des Übungsgeräts. Aber wegen Kraftlosigkeit. Denn seit Wochen ist auch Reis Mangelware in Kuba, ein Grundnahrungsmittel. Und Salz. Wieder mal herrscht die «Periodo especial», Spezialperiode. Wann kommt der Tag, da jemand richtige Granaten schmeisst?»

### Begegnung mit Yanet

Am Rande der Internationalen Buchmesse im Februar 2011 ergab sich für uns unverhofft die Gelegenheit, im dem Messegelände nahegelegenen «Estadio Panamericano» mit der Athletin Yanet Cruz zusammen zu treffen. Wir zeigen ihr, wie in der Schweiz über sie und ihr Land geschrieben wird. Die eher zurückhaltende Yanet reagiert verwundert, und ihr Kommentar fiel entsprechend lakonisch aus: «El está loco» (Der spinnt), meint sie. Dann erklärt sie, warum die Granatenattrappe verwendet wird: Mit ihrer Handlichkeit lässt sich besser Schnelligkeit trainieren. Und Kraftlosigkeit in Folge mangelnden Essens? Klar fehle immer mal

was – wie wohl andernorts auch –, aber über ungenügende Ernährung könne sie sich nicht beklagen. Und übrigens, am nächsten Tag fände ein Auswahlwettkampf für die ALBA-Spiele statt. Da könne man sich einen Eindruck von ihr und dem ganzen Kader im Wettkampfeinsatz verschaffen.

Das lassen wir uns natürlich nicht entgehen. Einen Tag später staunen wir nicht nur über die vielen jungen Talente, auch die Atmosphäre beeindruckt uns. Eine einzige grosse Sportlerfamilie, in der man sich gegenseitig anfeuert und so nebenbei noch einen nationalen Rekord im Stabhochsprung der Damen beklatschen kann. In verschiedenerlei Hinsicht herausragend sind aber ausgerechnet die Speerwerferinnen; nicht zu übersehen der amtierende Vizeweltmeister Guillermo Martinez, ein Kraftbündel der Extraklasse. Und dann eben die angeblich so kraftlose Yanet Cruz, Jugend-WM-Dritte 2005. Die erst 23jährige Kubanerin wirft den Speer – und stellt ihren persönlichen Rekord von 62,90m ein. Sie wirft damit gute zehn Meter weiter als die besten und bestens ernährten Schweizerinnen...

Der Kolumnist der Aargauer Zeitung nennt seinen Beitrag: «Was für eine Granate!» Und er fragt ungeduldig nach, wann in Kuba endlich mal jemand richtige Granaten schmeisst.

Am Stand des Berliner Büro Buchmesse in Havanna besuchte uns eine deutsche Journalistin. Sie fragte ausgerechnet uns, ob wir glaubten, dass es in Havanna bald losgehen würde wie in Kairo oder Tunis. Die tatsächlichen Fakten interessieren nicht, der reaktionäre Wunsch ist Vater des Gedankens. Und wenn man nichts verdrehen kann, wird auch gerne einfach mal phantasiert. Zum Glück gibt es aber auch eine Zeitung, in der man aufdecken kann, wie sie das tun.



Blutbefleckte Spielkonsole. Foto flickr/96dpi

## Kritische Untersuchung medialer Gewalt

# Killerspiele und Amokläufe

Eine verharmlosende Ausstellung und ein kritisches Buch: Toni Mächtlinger berichtet über zwei Begegnungen mit Killerspielen.

### Von Antoinette Mächtlinger

Ich besuche die Ausstellung «Home – Willkommen im digitalen Leben» im Stapferhaus Lenzburg. In der ersten Koje der Ausstellung läuft ein Kurzfilm. Ein freundlicher junger Bündner, ein Sportler und Bergler, spielt und kommentiert einen Ego-Shooter. Das ist ein Killerspiel, in dem der

Spieler die virtuelle Waffe direkt bedient. Die Landschaften wechseln, das Geballer ist ohrenbetäubend, in weiter Ferne fällt manchmal ein Feind, der nicht klar zu erkennen ist. Wir können ruhig sein: Wenn unser junger Bündner getötet wird, macht ein Sanitäter ihn wieder lebendig. Das erzählt er nach dem Spiel, während er Apfelstücklein für sein Müesli schneidet. So harmlos also sind Killerspiele.

Und so harmlos geht es weiter, in der Ausstellung und im Katalog. Kritische Stimmen gibt es nicht, sind doch neue Medien schon immer zu Unrecht verdammt worden, angefangen beim Buchdruck, ja gar bei Sokrates. Und ist doch das Leben «Gier, Lust, Kampf» (Matthias Horx, «einflussreichster Trend- und Zukunftsforscher im deutschsprachigen Raum»).

Ganz anders dann die Lektüre des Buches «Game over – Wie Killerspiele unsere Jugend manipulieren» von Rudolf Hänsel (siehe nebenan). Im Gegensatz zum Ausstellungskatalog findet sich in diesem Taschenbuch eine lange Liste kritischer Stimmen, ja es handelt sich eigentlich um eine kommentierte Auswahl der relevanten Studien und Internet-Beiträge bis 2010. Der Autor, Dr. Rudolf Hänsel, ist Psychologe, war Institutsdirektor an der Bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung und Leiter der Staatlichen Schulberatungsstelle in München. Sein Buch richtet sich «an Eltern und Erzieher» (mit der weiblichen Form hat er es nicht so). Sein Stil ist etwas altmodisch und betulich, aber damit findet man sich gern ab angesichts der Informationsfülle. Angesichts dieser Fülle fällt es aber auch nicht leicht, sich auf das Wichtigste zu beschränken. Versuchen wir's!

Einleitung: Zahlen und Fakten. Dass Killerspiele häufig militärischen Ursprungs sind, wird am Beispiel «America's Army» erläutert, das von der US-Army als «Nachwuchs-Förderungsmaßnahme» in Auftrag gegeben wurde und von ca. drei Milliarden Gamern weltweit gespielt wird. Die wirtschaftliche Bedeutung der digitalen Spielbranche wird am Beispiel Nordrhein-Westfalen aufgezeigt, wo sie sich konzentriert und 4 200 Leute beschäftigt. Zum Thema Suchtpotential lesen wir nicht nur den eindrücklichen Erfahrungsbericht eines Gymnasiasten, sondern erfahren auch beunruhigende Zahlen (S.19).

ermöglicht, «Bilder von Lehrern und Mitschülern auf die Gesichter der Menschen zu projizieren, die man im Spiel tötet.» (S.35)

«Ultrarealistische Folderspiele im Kinderzimmer» werden in den Kapiteln 3–5 einzeln vorgestellt. Hier mögen zwei Zitate genügen. Das erste ist dem «Offiziellen Lösungsbuch» zum Spiel «Der Pate» entnommen: «(...) «Sizilianische Fackel» heisst das Anzünden eines stehenden Menschen, das geschilderte Verbrennen eines Menschen im Ofen (Überhitzung). Das Töten eines knienden Menschen durch einen Schuss ins Gesicht wird «Gesichtsverlust» genannt» (S. 47).

Das zweite Zitat stammt von einem Rezensenten, der das Spiel «MadWorld» getestet hat: «MadWorld will provozieren. Madworld spuckt den Pädagogen, den Kulturpessimisten und dem Nanny State Blut ins Gesicht. Und Madworld gibt den jungen Männern von heute eine letzte Möglichkeit, sich von ihren Eltern abzugrenzen» (S.70).

«Mut zur Erziehung»: Dazu wird in den nächsten Kapiteln aufgefordert. Nicht Verurteilung, sondern Aufklärung der Kinder und Jugendlichen ist das A und O, um sie vor «Medienverwahrlosung und sozialer Ansteckung mit dem Gewaltvirus zu schützen». Restriktive Massnahmen sollen wohl angewendet, aber immer erklärt werden. «Medienerziehung bedeutet, die Kinder zu lehren, wie die Medien arbeiten, wie Medien uns beeinflussen können, vor allem die Art und Weise, wie wir die Wirklichkeit wahrnehmen und Einstellungen entwickeln», so wird hier die Amerikanische Akademie der Kinderärzte zitiert (S.85). Man kann nicht früh genug damit anfangen, denn heute verbringen in unserm Kulturkreis schon Kinder zwischen zwei und fünf Jahren im Schnitt mehr als 32 Stunden pro Woche vor dem Bildschirm (S.86), obwohl die Hirnforschung seit Jahren warnt, dass Mediengewalt die Gehirnentwicklung der Kinder schädigt (S.90). Der erste Schritt für Erzieher ist: sich selbst informieren.

Vorstösse für ein Herstellungs- und Vertriebsverbot besonders grausamer Spiele werden im letzten Kapitel vorgestellt. Was die Schweiz betrifft, wird die Studie von Pro Juventute und der Schweizerischen Gesellschaft für Völkerstrafrecht von 2008/9 erwähnt, die untersucht, «ob und wie Computerkriegsspiele das humanitäre Völkerrecht berücksichtigen.» Trotz eindeutig negativer Ergebnisse wird kein

Verbot empfohlen, vielmehr ergeht an die Hersteller die Aufforderung, «die Regeln des Völkerrechts (...) im Spielverlauf phantasievoll einzusetzen» (S.94). In diesem Kapitel wird mehrfach betont, wie stark die Lobby der milliardenschweren Herstellerkreise ist und wie Medienschaffende und Wissenschaftler sich vor deren Karren spannen lassen. Der Autor gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich, wie in der Tabakindustrie, «die negativen Wirkungen eines Produkts nicht auf Dauer verheimlichen lassen, weil sich auch die Menschen nicht auf Dauer verdummen lassen.» So erscheint denn am Schluss unter dem Titel «Die Schweizer Avantgarde» die Motion von Evi Allemann (Vereinigung gegen mediale Gewalt VGMG; siehe auch Kasten), die von National- und Ständerat 2009/10 angenommen wurde, als Hoffnungsschimmer. Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat.

## In Kürze

### Ballern im Bundestag

Abgeordnete des Deutschen Bundestages konnten Ende Februar 2011 Nachhilfe in Computer-Killerspielen nehmen. Organisiert wurde die «Informationsveranstaltung» von der Abgeordneten Dorothee Bär (CSU). Bär fand die Idee «hervorragend», Abgeordneten die virtuelle Welt der Videospiele näherzubringen. Nicht alle Parlamentarier indes waren davon begeistert: «Wozu soll ich lernen, wie man ein Killerspiel wie «CounterStrike» spielt?», fragt Hans-Peter Uhl, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Uhl, der im Gegensatz zu 50 seiner Kolleginnen und Kollegen der Baller-Party fernblieb, hatte nach dem Amoklauf von Winnenden «geeignete Massnahmen des Jugendschutzes» gefordert. Denn dort habe sich erneut gezeigt, «dass der Täter im Vorfeld seiner Tat sich intensiv mit sogenannten Killerspielen» wie CounterStrike beschäftigt habe. «Geschmacklos» fand auch Hardy Schober, Sprecher des «Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden», die Aktion im Bundestag. Schober, der bei der Bluttat in Winnenden vom März 2010 seine 15jährige Tochter Jana verlor, sagte: «Ich fühle mich von Politikern verhöhnt, die bei einer Party gegeneinander antreten, um zu lernen, wie man virtuell tötet». (Quelle: Spiegel 8/2011/dpa)



Killerspiele und andere Formen von Mediengewalt machen unsere Kinder aggressiver. Ihre Fähigkeit zu Mitgefühl, Solidarität und ihre Friedensfähigkeit leiden. Wem das Töten im Computer nicht ausreicht, greift zu echten Waffen und zieht in den Krieg – gegen Mitschüler und Lehrer zuerst.

Warum werden Killerspiele trotz dieser Fakten immer wieder verharmlost? Tatsache ist, dass viele Medienkonzerne Teil des Militärisch-Industrialen Komplexes sind. Sie verherrlichen den Krieg, betreiben Geschichtsfälschung, hetzen unsere Jugend gegen «Schurkenstaaten» und «Feinde» auf – und erzielen Milliardengewinne. Dieses Buch zeigt auf, wie Sie als Eltern und Erzieher Ihre Kinder gegen die mediale Manipulation immunisieren können. Wertevermittlung in Familie und Schule ist notwendig – und möglich!

Dipl.-Psych. Dr. Rudolf Hänsel ist gemäss Buchcover ein «anerkannter Experte auf dem Gebiet der Mediengewalt mit zahlreichen Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen».

Kai Homilius Verlag Berlin 2011, 117 S., ISBN: 978-3-89706-400-3

### Mut zur Erziehung

«Killerspiele und Amokläufe», so der Titel des zweiten Kapitels. Die Untersuchungen, die zu diesem Thema ab 2002 (Dave Grossman) veröffentlicht worden sind, sind relativ bekannt. Weniger bekannt ist ein wichtiges Motiv, das den Spielern suggeriert wird: «das Gefühl, das Recht zu haben und die Gerechtigkeit wieder herzustellen» (S. 34). Und neueren Datums ist die Technologie, die es den Jugendlichen

### Grenzenlose Grausamkeit als Werbetrumpf

Zwei Games, «Dead Space 2» und «Bulletstorm» sowie der Film «Saw 7» (3D) überschreiten weitere Grenzen, und zwar in Bezug auf Grausamkeit und Vermischung von Gewalt mit Pornographie («Bulletstorm»). Deutschland greift ein und selbst in den USA lösen neue Videospiele heftige Diskussionen aus. In der Schweiz werden die Produkte selbst Kindern und Jugendlichen abgegeben, und die Medien schweigen

Ziel in «Dead Space 2» sind die grausame Verstümmelung oder Ermordung von kranken Menschen. Instrumente dazu sind zum Beispiel Motorsägen und Flammenwerfer. Blut spritzt und abgetrennte Körperteile dienen als Waffe. In einer Szene werden auch kahlköpfige und nackte Babies abgeschlachtet. Und all das wird mit Spielerfolg bzw. Punkten belohnt.

In «Bulletstorm» wird die Schlächtereie begleitet mit Begriffen harter Pornographie. Diese Vermischung von grausamer Gewalt und Pornographie fördert aus der Sicht der Vereinigung gegen mediale Gewalt ein unerträgliches Rollenbild bei Jugendlichen und jungen Männern.

Im Horrorfilm «Saw 7» hat der Zuschauer «dank» 3D den Eindruck, dass die herumfliegenden Eingeweide der misshandelten Menschen direkt auf den Kinositzen landen. Der Drehbuchautor wehrte sich gegen Altersbeschränkungen mit der Aussage, ohne das junge Publikum seien die Produzenten wegen ungenügender Einnahmen «fucked».

Die Vereinigung gegen mediale Gewalt fordert:

- Den Aufdruck von Warnungen auf Videospiele analog zur Praxis bei Tabakwaren: «Dieses Videospiel verändert den Charakter ihres Kindes und führt zu aggressivem Verhalten».
- Die Erhebung einer Steuer auf dem Verkauf von Videospiele zur Finanzierung einer schweizerischen Aufklärungskampagne (analog Prävention Tabakkonsum).
- Die Schaffung einer eidgenössischen Medien-Zertifizierungsstelle gemäss der Petition von Pro Juventute und der Standesinitiative des Kantons Bern.
- Die rasche Ausarbeitung neuer Bestimmungen im Strafgesetz, entsprechend der Standesinitiativen verschiedener Kantone und der Motion Allemann.

Im Weiteren bittet die Vereinigung gegen mediale Gewalt alle Frauenverbände in der Schweiz, sich geeint gegen die sexuelle Gewalt in Videospiele und Filmen zu wehren.

Vereinigung gegen mediale Gewalt, Postfach 323, 3074 Muri  
E-Mail: info@vgmg.ch; http://www.vgmg.ch

## Kriegsmaterialexporte 2010:

## Beihilfe zum Mord

Die Neutralität, das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung wurden durch den grössten Teil der Schweizerischen Rüstungslieferungen des vergangenen Jahres erneut krass verletzt.

Von Heinrich Frei

Die Schweiz exportierte im letzten Jahr für 640,5 Millionen Franken Kriegsmaterial (2009: 727,7 Mio. Fr.) Abnehmer von helvetischen Rüstungsgütern waren auch 2010 wieder Staaten, die in Afghanistan und in Pakistan Krieg führen: die USA etwa, Deutschland und andere Nato-Mitglieder. Gute Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie waren aber auch Regimes im Pulverfass des Nahen Ostens, wie das Menschenrechte mit den Füssen tretende feudalistische Saudi-Arabien. Auch anderen Ländern, in deren Kerkern gefoltert wird oder in denen Menschen im schrecklichen Elend leben und hungern, lieferte die Eidgenossenschaft wieder Waffen. Fazit: Die Neutralität, das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung wurden durch den grössten Teil der Rüstungslieferungen des vergangenen Jahres erneut krass verletzt.

## Pilatus Militär-Flugzeuge: kein Kriegsmaterial?

In den Zahlen der Kriegsmaterialexporte, die der Bund veröffentlicht, ist der Export von militärischen Trainingsflugzeugen und von Dual-use Gütern nicht enthalten (Dual-use Güter können sowohl zivil wie militärisch genutzt werden). Militärische Trainingsflugzeuge unterstehen nur dem Güterkontrollgesetz. Laut dem Geschäftsbericht der Pilatus AG in Stans wurden im November 2009 von der Luftwaffe der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) 25 Trainingsflugzeuge Typ PC-21, inkl. Simulatoren und Logistikunterstützung für 500 Millionen Franken bestellt. Die Auslieferung soll in diesem Jahr beginnen.

Pilatus Flugzeuge kamen immer wieder in Kriegen zum Einsatz, in Burma, Guatemala, dem Irak, im Tschad usw. Viele Menschen verloren bei Angriffen von Pilatus-Flugzeugen ihr Leben. So setzte die irakische Luftwaffe bei Giftgasensätzen in Halabja 1988 auch Pilatus-Flugzeuge ein. Bei dem Angriff fanden bis zu 5'000 Menschen einen qualvollen Tod.

## 70 Professoren gegen Kriegsmaterialexporte

70 Experten in Völkerrecht und Strafrecht kritisierten im vorletzten Jahr die Kriegsmaterialexporte. Sie gelangten im Oktober 2009 in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard, sowie an die Direktion für Völkerrecht im Aussendepartement von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey an die Öffentlichkeit. Die Professoren bemängelten, wie die seit Dezember 2008 geltende revidierte Kriegsmaterialverordnung gehandhabt werde. Insbesondere kritisierten sie die Auslegung des Artikels, wonach ein Exportverbot für Länder gilt, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt» sind. Würde dies umgesetzt, hielten die Professoren fest, dürften etwa weder nach Deutschland noch in die USA Rüstungsgüter geliefert werden, denn diese Nationen seien in Afghanistan und im Irak an Kriegen beteiligt.

Als einer von drei Erstunterzeichnern des Briefes der Rechtsgelehrten exponierte sich Marco Sassöli, Professor für internationales öffentliches Recht an der Universität Genf. Sassöli sagte: «Ausgerechnet die Schweiz, die sich so für das humanitäre Völkerrecht engagiert, manipuliert beim Ex-

port von Kriegsmaterial einen zentralen Begriff des humanitären Völkerrechts, die Schweiz halte auch ihre eigenen Vorgaben nicht ein.»

## Dient Rüstungsindustrie der Landesverteidigung?

Begründet werden Waffenexporte, die nach der Kriegsmaterialverordnung mehr als fragwürdig sind, mit Art. 1 des Kriegsmaterialgesetzes. Dort ist zu lesen: «...dabei soll in der Schweiz eine an die Bedürfnisse ihrer Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrechterhalten werden können.» Dazu ist zu sagen, dass die grössten Produzenten von Rüstungsgütern heute in der Schweiz ausländische Konzerne sind, das deutsche Unternehmen Rheinmetall (früher Oer-

material im Werte von 1'575 Millionen US Dollar.

Rheinmetall in der Schweiz machte Rüstungsgeschäfte auch mit China, wie aus den Statistiken von SIPRI ersichtlich ist. Von 1997-2006 sind Exporte nach China von 80 Millionen US Dollar Kriegsmaterial aus der Eidgenossenschaft aufgeführt, (Es handelte sich um Lizenzen für Fliegerabwehrkanonen, laut einem Brief von Bundesrätin Doris Leuthard vom 16. Oktober 2007)

Heute sind auch die ehemaligen Ostblockstaaten Kunden der Schweizer und westeuropäischen Rüstungsindustrie, sogar Russland. Laut der Nachrichtenagentur Ria Novosti vom 9. Februar dieses Jahres baut der deutsche Technologie- und Rüstungskonzern Rheinmetall AG jetzt an der Wolga ein Ausbildungszentrum für die russische Armee. Die Ausbildungsstätte soll auf dem Gelände des Schiessplatzes Mulini im Gebiet Nischni Nowgorod entstehen. Das Zentrum soll den modernsten Anforderungen entsprechen und beliebige taktische Situationen auf dem Ge-

tet. Oder den 120-mm-Minenwerfer «Bighorn». Der Ruag Werbespot dazu: «Das Schlachtfeld der Zukunft verlangt leichte und eine einsetzbare Feuerunterstützung.» Auch 37 andere Schweizer Firmen präsentierten an dieser Kriegsmesse ihre Produkte: Mowag (General Dynamics), Rheinmetall, Andair, Crypto AG, Vectronic AG, Swissarms, Aimpoint AB, usw. – Die RUAG produziert auch Kriegsmaterial in Deutschland, Schweden, Österreich und Ungarn.

## Offizialdelikt

Beihilfe zu Mord und Totschlag sind Offizialdelikte. Bei Offizialdelikten muss kein Strafantrag eingereicht werden, der Täter oder die Täterin muss von Amtes wegen verfolgt werden. Nicht aber, wie es scheint, im Krieg, wenn mit Schweizer Waffen getötet wird. Eigentlich wären Waffenexporteure und ihre Helfershelfer in Politik und Wirtschaft strafrechtlich verantwortlich für ihr Tun. Sie hätten keinen Freipass für ihre Tätigkeit. Auch für sie würde Art. 25 des Schweizerischen Strafgesetzbuches



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

likon-Bührle) und der US-Rüstungsgigant General Dynamics, dem die Firma Mowag in Kreuzlingen gehört. Diese Firmen arbeiten hauptsächlich nicht für die Schweizer Armee, sondern vor allem für den Export. General Dynamics ist der fünfgrößte Rüstungsproduzent der Erde und Rheinmetall der 32-grösste. Die Produzenten von Waffen in der Schweiz stellen Kriegsgeräte auch nicht autonom her, sie sind abhängig von vielen Zulieferfirmen aus dem Ausland. Auch die bundeseigenen Rüstungsbetriebe, die RUAG, können ihre «industrielle Kapazität» nur aufrechterhalten dank zahlreichen Zulieferungen aus dem Ausland. Die RUAG steht an 84. Stelle in der Rangliste der grössten Rüstungsproduzenten, laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

## Mit Vorliebe werden beide Kriegsparteien beliefert

Die Schweizer Rüstungsindustrie ist dem Sinne nach «neutral»: Sie beliefert mit Vorliebe beiden Kriegsparteien Waffen. Sowohl der Iran wie der Irak waren gute Kunden der CH-Todesindustrie, wie auch Pakistan und Indien, die dreimal gegen einander Krieg führten. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) verkaufte die Schweiz von 1977 bis 2009 Pakistan für 856 Millionen US Dollar Kriegsmaterial. Den Todfeind Pakistans, Indien, bediente die Schweiz in dieser Periode, laut SIPRI, sogar mit Kriegs-

fechtsfeld simulieren können. Russland wurde 2010 schon von der Schweiz Kriegsmaterial geliefert, unter der Rubrik KM3, Munition für 512'063 Franken.

## RUAG an Waffenmesse in Abu Dhabi

Während in Nordafrika und im Nahen Osten Aufstände und ein Krieg in Libyen im Gange sind, und auch der Gazastreifen noch abgeriegelt ist, beteiligte sich die RUAG, die subventionierten Rüstungsbetriebe des Bundes an der Waffenmesse IDEX 2011 in Abu Dhabi.

Die RUAG präsentierte im «Swiss Pavilion» Munition aller Art an, «die besten Handgranaten der Welt», ein «Upgrade» für Panzerhaubitzen M-109, das für «für viele Jahre Feuerkraft auf dem neusten Stand der Technik» bie-

gelten, nämlich Delikte wie Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung und zu schwerer Sachbeschädigung. Gehilfe bei solchen Straftaten, die unter Artikel 25 des Strafrechts fallen, ist auch derjenige welcher «zu einem Verbrechen oder zu einem Vergehen vorsätzliche Hilfe leistet», wer also auch «vorsätzlich in untergeordneter Stellung die Vorsatztat eines andern fördert». Diese Verbrechen sind, laut Artikel 75 bis des Strafgesetzbuches, sogar unverjährbar.

Mit Schweizer Waffen, Bomben und Munition wurde und wird in Kriegen getötet. Kriegsmaterialexport ist Beihilfe zum Mord, auch wenn der Bundesrat diesen Geschäften den Segen gibt. (Siehe auch «Die Strafrechtliche Verantwortlichkeit von schweizer. Kriegsmaterialexporteurs» Lizenzarbeit bei Prof. Dr. G. Jenny von Reto Locher, September 2000 und Artikel in der Zeitschrift Plädoyer 5/05)

## Waffen für das fundamentalistische Saudi-Arabien

Die Firma Rheinmetall in Zürich verkaufte Saudi-Arabien auch in diesem Jahr wieder Fliegerabwehrkanonen und Munition, wieder wie im letzten Jahr für rund 132 Millionen Franken. Saudische Truppen sind kürzlich in Bahrain einmarschiert und intervenierten mit Infanterie, Panzern und Kampfflugzeugen auch schon in Jemen. Nach Pakistan lieferte die Schweiz für 32 Millionen Franken Waffen, trotz dem Krieg in der Grenz-

## 500'000 Lehrer oder Krankenschwestern

Der Förderverein Neue Wege in Somalia ist seit 1994 in Somalia tätig. Ein Lehrer in der Primarschule und eine Krankenschwester im Ambulatorium der Neuen Wege verdienen rund 100 Franken im Monat. Mit den 640,5 Millionen Franken der Kriegsmaterialexporte des Jahres 2010 könnte man in Somalia also etwa 500'000 Lehrer oder Krankenschwestern ein Jahr lang beschäftigen. (www.nw-merka.ch)

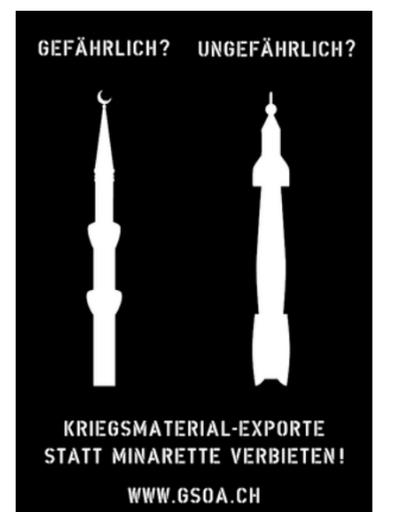
region zu Afghanistan. Im Frühling 2009 hat der Bundesrat zwar beschlossen, Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien im Moment keine neuen Bewilligungen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu erteilen. Zulässig sollen aber die Ausfuhr von Munition sowie von Ersatzteilen für Kriegsmaterial bleiben, dessen Export bereits früher bewilligt worden ist, heisst es. Bewilligt wurden nach Saudi-Arabien 2006 der Export von 20 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition im Wert von 375 Millionen Franken.

## Munitionslieferungen trotz Krieg

Am 23. März 2005 hatte der Bundesrat beschlossen, Gesuche für die Ausfuhr von Kriegsmaterial an die Türkei wieder zu bewilligen. Dieses Land steht aber immer noch im Krieg. Türkische Streitkräfte bekämpfen nicht nur im eigenen Land Aufständische, sondern verfolgen und bombardieren auch im Nordirak kurdische Rebellen. Ganz abgesehen von der Diskriminierung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei selbst, einer Ethnie, die laut der Europäischen Gemeinschaft etwa 15–20 Millionen Menschen umfasst. Trotzdem bewilligte der Bund im letzten Jahr Kriegsmaterialexporte von 9,4 Millionen Franken nach der Türkei. Für über eine Million Franken Munition und Munitionsbestandteile für Waffen jeglichen Kalibers (Kategorie KM 3) und für rund acht Millionen Franken «Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörper».

## Ghadhafi-Regime aufgerüstet

Schweizer Unternehmen rüsteten auch das Ghadhafi-Regime auf. Schweizerische Unternehmen lieferten Bunker- und Festungstechnik, Stahlhelme, Chiffriergeräte, Munition und Atomtechnik nach Libyen. Selbst beim Export ganzer Giftgas-Fabriken nach Libyen in den 80er und 09er Jahren spielten Schweizer Firmen eine tragende Rolle. (Tages Anzeiger 11.03.11)



Illustrationen: gsoa.ch

ISSN 1423-6826  
sfb@bluewin.ch  
www.friedensbewegung.ch



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.  
Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,  
Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,  
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: sfb@bluewin.ch  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

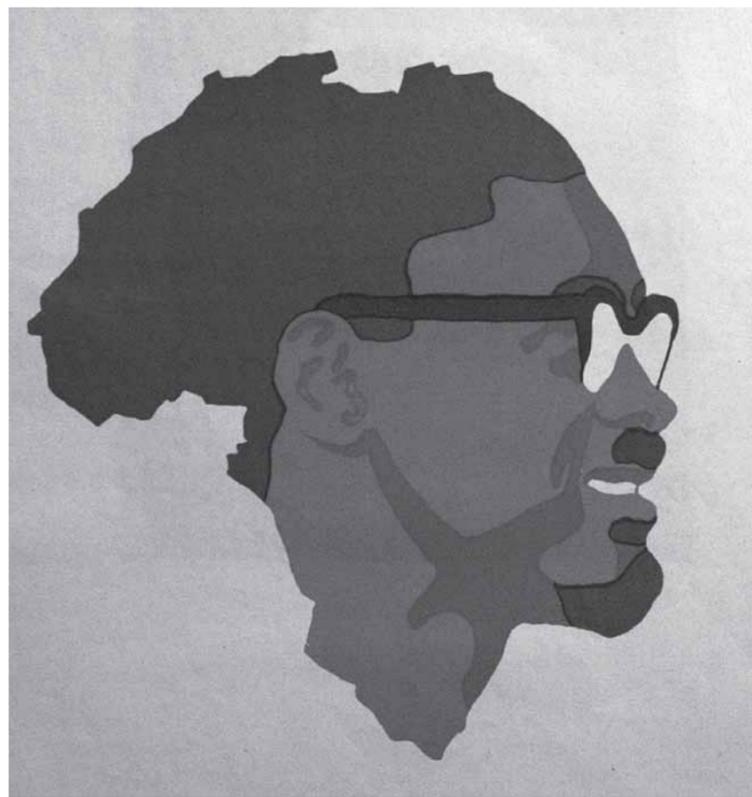
### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.  
**Wie kann man helfen?**  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis  Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_



Der vor 50 Jahren ermordete Patrice Lumumba und sein Kontinent Afrika. Ausschnitt aus einem Poster von Alfredo Rostgaard, Kuba 1972.

### CIA-Projekt «Hexenmeister»

## Mord as usual

Lawrence Devlin, der Chef der CIA-Station in Brüssel, wurde im Juli 1960 dringend in Leopoldville gebraucht. Zehn Tage, nachdem Kongo am 30. Juni seine Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Belgien erkämpft hatte, packte der CIA-Mann in aller Eile seine Koffer und übernahm – getarnt als Konsul der US-Botschaft – das CIA-Büro in Leopoldville, heute Kinshasa. Er sollte im Auftrag seiner Regierung das »Project Wizard« (Hexenmeister) umsetzen, einen Plan, den auch die belgische Regierung verfolgte: die Beseitigung Patrice Lumumbas.

### Von Horst Schäfer

Am 27. Juli 1960 führte die erste Auslandsreise des 35 Jahre alten Kämpfers gegen den Kolonialismus und bisher einzigen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Kongos nach Washington. Kurz zuvor hatte der Interessenvertreter Belgiens und der USA in der Provinz Katanga (heute Shaba), Moïse Tshombé, die an Bodenschätzen reiche Region abgespalten. Die UNO stationierte 20 000 Soldaten in Kongo – was allerdings nicht Lumumba und den Kongolesen half, sondern die Interessen der USA flankierte. Schon wenige Tage nach dem Besuch in Washington wurde auf einer Beratung von Aussenministerium, Pentagon und CIA erstmals «die Frage der Ermordung Lumumbas aufgeworfen». Das bezeugte der stellvertretende US-Aussenminister Douglas Dillon vor einem Sonderausschuss des Senats, der 1975 einige Verbrechen der CIA untersuchte.

Im Bericht des Ausschusses, auf den sich dieser Artikel stützt, wird der Mordplan auf 67 eng bedruckten Seiten in allen Details dokumentiert. Dazu gehörten der Mordbefehl von Präsident Eisenhower, CIA-Mordwerkzeuge wie tödliches Gift und Spezialgewehre, das Entsenden von Killerkommandos sowie Hunderttausende Dollar zum Kauf kongolesischer Politiker und des Parlaments.

### Dulles: «Ein Castro oder noch schlimmer»

CIA-Chefagent Devlin alias Victor Hedgman alarmierte seine Regierung am 18. August 1960 in einem Telegramm an CIA-Direktor Allen Dulles: «Möglicherweise nur noch wenig Zeit für Aktionen, um neues Kuba zu verhindern.» Dulles hatte aber bereits auf den zwei vorhergehenden Beratungen des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) gewarnt: «In Gestalt Lumumbas sind wir mit einer Person konfrontiert, die ein Castro ist oder noch schlimmer.» Zu der Zeit – Mitte 1960 – hatte die CIA im Auftrag der Regierung schon begonnen, die Mordanschläge auf Fidel Castro und die Invasion in der Schweinebucht vorzubereiten.

Präsident Dwight Eisenhower äusserte – ebenfalls am 18. August – vor dem NSC den dringlichen Wunsch, Lumumba zu beseitigen. Nach einer Sitzung der CIA mit Eisenhowers Sicherheitschef Gordon Gray erhielt Devlin in Leopoldville am 26. August 1960 ein Telegramm von Alan Dulles, der die «Machtergreifung der Kommunisten» beschwor und erklärte: «Folgerichtig entscheiden wir, dass seine (Lumbumbas) Beseitigung dringendes und erstranges Anliegen ist und unter den gegenwärtigen Bedingungen hohe Priorität unter unseren geheimen Operationen haben muss.»

Die CIA reagierte prompt. Am 5. September veranlasste sie Kongos

Präsidenten Joseph Kasavubu, Lumumba trotz seines grossen Rückhalts im kongolesischen Parlament zu entlassen. Doch das reichte Washington noch nicht. Nach einem Staatsstreich am 14. September durch Devlins Vertrauten Oberst Joseph-Désire Mobutu war Lumumba gezwungen, sich unter den Schutz der UN-Truppen zu stellen.

Fortan liefen die verdeckten Operationen gegen »Big Brother« – das CIA-Codewort für Lumumba – auf vollen Touren. Richard Bissell, Direktor für verdeckte Operationen, beauftragte seinen «Spezialisten für wissenschaftliche Fragen», Sidney Gottlieb, mit den Vorbereitungen für die Bluttat. Mordspezialist Gottlieb, Doktor der Biochemie, machte seinen Chef darauf aufmerksam, dass die CIA Zugang zu tödlichen biologischen Giften hat, die für solche Zwecke hervorragend geeignet seien. Der Wissenschaftler bezeugte 1975 vor dem Senatsausschuss, sein Vorgesetzter habe ihm mitgeteilt, es bestehe «Anweisung von höchster Autorität, diese Art Operation durchzuführen».

Der Senatsausschuss stellte fest, Gottlieb habe eine Liste von biologischen Giften durchgesehen, «die in den Einrichtungen der chemischen Abteilung der US-Armee in Fort Detrick/Maryland vorhanden und die geeignet waren, Krankheiten hervorzurufen, die die Person entweder töten oder so schwerwiegend beeinträchtigen, dass sie unfähig zu jeder Aktion ist». Er wählte ein Gift aus, «das eine Seuche hervorrufen sollte, die in jener Gegend Afrikas zu Hause war und die tödlich sein konnte». Auf der Liste hätten noch «sieben oder acht Materialien» gestanden, so Gottlieb, darunter die Auslöser von Hasenpest, Brucellose, Tuberkulose, Antrax, Pocken und der Schlafkrankheit.

### «... um USA-Rolle völlig zu verbergen»

Der CIA-Giftmischer packte ausserdem ein Päckchen mit Zusatzgeräten wie Nadeln für Injektionsspritzen, Gummihandschuhe und Gesichtsmasken, «die nötig waren für den Umgang mit diesem ziemlich gefährlichen Stoff». Gift und Geräte schickte er mit dem diplomatischen Kurier an die Botschaft der USA in Leopoldville und machte sich ebenfalls auf die Reise.

In Leopoldville unterwies Gottlieb den CIA-Stationschef im Gebrauch des Giftes, das nur in irgendeine Substanz injiziert werden müsse, «die mit seinem (Lumbumbas) Mund in Berührung kommt, ob Lebensmittel oder Zahnbürste». Als die Durchführung der Operation Mord fehlschlug, weil der V-Mann keinen Zugang zu Lumumba fand, die CIA-Führung aber auf Beseitigung Lumumbas drängte, forderte Devlin Verstärkung an. Ausserdem verlangte er, «eine hochwirksame Waffe ausländischen Fabrikats mit Teleskop und Schalldämpfer» im diplomatischen Gepäck mitzugeben und schrieb: «Jagd hier gut, wenn Lichtverhältnisse stimmen. Werde... Waffe im Büro behalten, bis Jagdsaison eröffnet.»

Am 22. September weist ein neues Telegramm aus Washington an: «Falls Unterstützung nötig, Agent aus drit-

tem Land für Operation benutzen, um USA-Rolle völlig zu verbergen.» Dieser Hinweis, die Spuren der USA beim geplanten Mord unkenntlich zu machen, ist in mehreren Telegrammen und Aussagen von CIA-Offiziellen zu finden. Am besten wäre es, so erklärten Zeugen vor dem Senatsausschuss die US-Strategie, wenn man Lumumba durch seine eigenen Landsleute ermorden lassen könnte.

Im Oktober 1960 wurde schliesslich Michael Mulroney, stellvertretender Chef der CIA-Abteilung für verdeckte Operationen, beauftragt, dem CIA-Stationschef behilflich zu sein. Seine Mission, Lumumba aus dem Gewahrsam der UN zu locken und seinen Todfeinden zuzuspielen, war – stellte der Senatsausschuss fest – von der US-amerikanischen Politik gedeckt.

### Lapidar, aber deutlich: «Danke für Patrice»

Um seinen Entführungsplan verwirklichen zu können, forderte Mulroney die sofortige Entsendung von Sonderagent QJ/WIN an, ein – so der Senatsausschuss – «Ausländer mit kriminellem Hintergrund, der in Europa für die CIA-Tätigkeit rekrutiert worden war». Zu den Aufgaben von QJ/WIN gehörte es, geeignete Personen unter den kongolesischen und UN-Wachen zu infiltrieren und «umzudrehen». Auf diese Weise wollte die CIA endlich Zugang zum Haus Lumumbas gewinnen und entweder seine Entführung und die Übergabe an seine Feinde oder aber die ursprünglich geplante Beseitigung erreichen.

Ein weiterer CIA-Helfer bei diesem Komplott war der Agent WI/ROGUE. Der «Glücksritter und ehemalige Bankräuber» wurde von der CIA vor dem Einsatz mit Gesichtsplastik und Toupet versehen, «damit Reisende aus Europa ihn nicht erkennen». Zwischen diesen beiden CIA-Killern, die sich nicht kannten, jedoch im selben Hotel wohnten, kam es zu einem bemerkenswerten Vorfall: Agent WI/ROGUE versuchte, wie der CIA-Stationschef aufgebracht an Washington kablete, den Agenten QJ/WIN für sein «Hinrichtungskommando» anzuheuern. Aus CIA-Berichten geht hervor, dass beide später oft gemeinsam Aufträge übernommen haben.

Am 27. November 1960 verliess Lumumba unter bisher nicht ganz geklärten Umständen die Schutzhaft der UN-Truppen. Mehrere Indizien deuten darauf hin, dass die CIA ihre Hän-

### Patrice Lumumba

Nach tagelanger schwerer Folter wurde Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident der unabhängigen Republik Kongo (heute Demokratische Republik Kongo) am 17. Januar 1961 im afrikanischen Busch ermordet.

Der damals 35-jährige Begründer der Kongolesischen Nationalbewegung (MNC), galt vielen als Todfeind, denn er war zum Gesicht des afrikanischen Kampfes für die Unabhängigkeit, gegen die imperialistische Ausbeutung des Kontinents geworden. Er blieb es auch nach seinem Tod. Jean Paul Sartre erklärte seinerzeit: «Nachdem er tot ist, hört Lumumba auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika.»

Die politische Verantwortung Belgiens und der USA für den Mord ist unübersehbar. Die Rolle Washingtons beleuchtet Horst Schäfer in unserem Beitrag. Der Autor war elf Jahre lang DDR-Korrespondent in den USA und ist u.a. Verfasser des Buches «Im Fadenkreuz: Kuba – 50 Jahre US-Staatsterrorismus».

Schäfers Artikel erschien zuerst im «Neuen Deutschland». Der Nachdruck erfolgt mit seinem Einverständnis.

de im Spiel gehabt haben könnte und Mulroney seinen Auftrag, Lumumba aus dem Gewahrsam der UN zu locken, erfüllen konnte. Am 17. Januar 1961 wurde Patrice Lumumba angeblich von Kongolesen und im Beisein von Belgiern ermordet. Kurz darauf übermittelte der CIA-Chef in Elisabethville (heute Lubumbashi), dem Sitz der Separatistenregierung von Moïse Tshombé, ein Telegramm nach Washington, das der US-Senatsausschuss als «ungewöhnlich» bezeichnete. Darin hiess es lapidar, aber eindeutig: «Danke für Patrice.»

«Konsul» Devlin wurde ab 1963 erneut gebraucht. Als Chef der CIA-Station in Laos leitete er den «geheimen Krieg» gegen die kommunistische Befreiungsbewegung Pathet Lao. 1974 wirkte er wieder in Kongo – als Vertreter des weltgrössten Diamantenkonzerns De Beers Diamond...

### Schweizerische Friedensbewegung SFB

## Jahrestagung 2011

Samstag, 16. April 2011, 15.00 Uhr  
Rest. Rebhaus (Saal), Riehenstr. 11, Basel (nähe Wettsteinplatz)

### Traktanden:

Jahresberichte, Sekretariat • Redaktion • Finanzen  
Ausblick: UW • Veranstaltungen • Aktionen • Anregungen.

Anschliessend gemeinsames Nachtessen

28.12.61.